

Konsolidierungsprogramm 2011-2013 für den Bundeshaushalt (KOP 11/13) und
Frau Christine Kilchoer
Eidg. Finanzverwaltung
Bundesgasse 3
CH-3003 Bern

Muttenz, 21. Mai 2010

Stellungnahme zum Thema

"Abschaffung der Umwelttechnologieförderung des BAFU" / Vernehmlassung KOP 11/13 der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), Hochschule für Life Sciences (HLS)

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit grosser Besorgnis und Unverständnis haben wir der Vernehmlassung KOP 11/13 entnehmen können, dass seitens des Bundesrates im Rahmen des Konsolidierungsprogramms 2011-2013 für den Bundeshaushalt die Abschaffung der Umwelttechnologieförderung (UTF) des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) erwogen wird. Dieser Vorschlag kann von der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) nicht gutgeheissen werden und ist unserer Ansicht nach kein sinnvoller Sparvorschlag, da hierdurch die Schweizerische Umwelttechnikbranche stark geschwächt und damit sowohl ökonomisch als auch ökologisch immenser Schaden verursacht wird, der in keinem angemessenen Verhältnis zum Einsparungspotential steht.

Die bestehende Umwelttechnologieförderung des BAFU stellt eine gesetzlich verankerte und effizient implementierte Massnahme zur Unterstützung der anwendungsnahen Entwicklung und Demonstration von Prozessen und Produkten, die von Firmen erfolgreich zur Minderung des Ressourcenverbrauchs, von Emissionen und Kosten eingesetzt werden können. Die UTF erreicht somit nicht nur Wert und Nutzen für industrielle Anwender, sondern stärkt auch nachhaltig die Marktpositionen von Technologieanbietern, die aufgrund ihrer oft klein- und mittelständischen Struktur nicht ausreichend Mittel für Neuentwicklungen ohne Unterstützung aufbringen können. Die UTF hat in den letzten Jahren immens geholfen, solchen Unternehmen auch im exportorientierten Geschäft Chancen zu eröffnen.

Die Technologieförderung im Umweltbereich kann dabei nicht einfach durch andere Förderinstrumente des Bundes in gleicher Weise übernommen werden, da im "Greentech-Bereich" nicht, wie in anderen Sektoren, ausschliesslich marktgetriebene Entwicklungen in frühem Stadium förderungswürdig sind, sondern eine enge Verzahnung mit umweltpolitischen Rahmenbedingungen besteht. Die UTF legt hierbei Grundlagen bei der Definition von besten verfügbaren Techniken für die Emissionsbegrenzung und Ressourcenschonung, die nach dem Test ihrer praktischen Eignung als Basis für die Festlegung von Umweltstandards dienen können. Weiterhin helfen die geförderten Umwelttechnologien bei einer

kostengünstigen Umsetzung politischer Vorgaben. Dieser speziellen Wechselwirkung im Umweltbereich wird auch durch die intensive Begutachtung und Begleitung der Förderprojekte durch BAFU-Experten Rechnung getragen.

Die UTF stellt somit eine ideale Verknüpfung von Umweltverwaltung, Industrie und akademischen Forschungspartnern dar. Für letztere ist die UTF essentiell, um anwendungsorientierte Forschungsprojekte im Umweltbereich in Kooperation mit Anwendern realisieren und somit auch Forschungspersonal entwickeln zu können, das später oft zur Wertschöpfung in der Industrie beiträgt.

Mit der Abschaffung der UTF würde die international hervorgehobene Rolle der Schweizer Industrie und Forschung im Bereich der Umwelttechnologie ernsthaft gefährdet, während sich auf ebenso globaler Ebene dieser Bereich als Schlüsselsektor für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, die durch Ressourcenknappheit, Klimawandel und Effizienzdruck geprägt ist, etabliert und in vielen Ländern staatlich gefördert wird. Die angestrebte Abschaffung der UTF ist nicht akzeptabel und im Hinblick auf wesentlich zukünftige Herausforderungen für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik absolut kontraproduktiv.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Gerda Huber

- Direktorin HLS -

Prof. Dr.-Ing. Thomas Wintgens

- Stellv. Institutsleiter IEC -

Prof. Dr. Philippe Corvini

- Institutsleiter IEC -